



Liebe Leserin, lieber Leser,

am 30. Juni 2009 hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass sich Deutschland am Vertrag von Lissabon beteiligen darf. Ich war als Vertreterin des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages und der FDP-Bundestagsfraktion bei der Urteilsverkündung in Karlsruhe dabei. Mit seinem Urteil hat das Bundesverfassungsgericht ein positives Signal an Europa gesendet, aber auch klare Vorgaben für Deutschland gemacht: Die Richter entschieden, dass die Beteiligungsrechte des Deutschen Bundestages und des Bundesrates bei der Rechtsetzung der Europäischen Union gestärkt werden müssen. Hierzu soll am 26. August 2009 eine Sonder-sitzung des Deutschen Bundestages zur ersten Lesung eines neuen Begleitgesetzes stattfinden. Die Schlussabstimmung soll am 8. September 2009 erfolgen.

Mit dieser Entscheidung hat das Bundesverfassungsgericht Parlament und Demokratie den Rücken gestärkt. Denn Karlsruhe hat festgestellt, dass der Vertrag von Lissabon grundgesetzkonform ist, solange der Deutsche Bundestag als gewählte Vertretung des Deutschen Volkes bei allen Fragen der Europäischen Integration aktiv beteiligt ist. Die FDP-Bundestagsfraktion hat während des gesamten Ratifizierungsverfahrens betont, dass der Bundestag in der Europapolitik eine aktivere Rolle spielen muss. Die FDP begrüßt, dass das Bundesverfassungsgericht insbesondere in den Bereichen der Vertragsänderung, des Strafrechts, des Steuer- und Sozialrechts Bundestag und Bundesrat als den zentralen Ort der Entscheidung über weitere Integrations-schritte ansieht. Die FDP wird sich intensiv an der Erarbeitung des vom Bundesverfassungsgericht geforderten neuen Begleitgesetzes beteiligen. Unser Ziel bleibt ein baldiges Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon.



Damit wird sich auch die schwedische Regierung befassen müssen, die am 1. Juli 2009 für ein halbes Jahr den Vorsitz in den Ministerräten der Europäischen Union übernahm. Als Präsidentschaft muss sich die schwedische Regierung neben dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon aber auch um die Ernennung der neuen europäischen Kommission kümmern. Dazu kommt als weiterer Schwerpunkt die Verabschiedung des sog. Stockholmer Programms mit den Leitlinien für die europäische Innen- und Justizpolitik der nächsten fünf Jahren.

Ihre Mechthild Dyckmans

Impressum

Mechthild Dyckmans, MdB
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin
 Tel.: 030-227-71475
 Fax: 030-227-76475
www.dyckmans.de

Wahlkreisbüro:
 Wilhelmshöher Allee 157-159
 34121 Kassel
 Tel.: 0561-312359
 Fax: 0561-315690



Wollen Sie die „Dyckmans News“ künftig per Email erhalten oder an Freunde weiterleiten? Dann schreiben Sie bitte eine Email an: mechthild.dyckmans@bundestag.de

Mechthild Dyckmans besichtigt neues Militärfahrzeug

Mechthild Dyckmans besuchte am 18. Juni 2009 in der Hessischen Landesvertretung die Präsentation des Armoured Multi-Purpose Vehicle (AMPV). Dabei handelt es sich um ein bewegliches und zugleich stark gepanzertes Fahrzeug der Kasseler Unternehmen Rheinmetall und Krauss-Maffei Wegmann. Im Gespräch mit dem Generalinspekteur des Heeres Generalleutnant Hans-Otto Bude wurde deutlich, dass ein solches Fahrzeug gerade für den schwierigen Einsatz in Afghanistan dringend benötigt wird.

Grund zur Freude haben die beiden Kasseler Firmen, da der Haushaltsausschuss Ende Juni 2009 3,12 Milliarden Euro für den Bau von 405 Schützenpanzern des Typs Puma frei gab. Mit der als sicher geltenden Beauftragung für den Bau der Panzer an die beiden Unternehmen würde allein Rheinmetall in Kassel bis 2020 rund 250 Arbeitsplätze sichern können.



Bundestag stärkt bürgerschaftliches Engagement

Am 2. Juli 2009 ist der Gesetzentwurf zur Begrenzung der Haftung von ehrenamtlich tätigen Vereinsvorständen vom Deutschen Bundestag verabschiedet worden. Dieser Entwurf, der auf eine Initiative der Länder Baden-Württemberg und Saarland zurückzuführen ist, wird von der FDP-Bundestagsfraktion ausdrücklich begrüßt. Denn die FDP setzt sich seit Jahren für eine Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Vereinen ein. Künftig muss ein ehrenamtlich tätiges Vorstandsmitglied dem Verein für Schäden, die es in Wahrnehmung seiner Vorstandspflichten verursacht hat, nur dann haften, wenn Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit vorliegt. Zusätzlich soll ein Verein die Schadensersatzzahlung für ein ehrenamtlich tätiges Vorstandsmitglied übernehmen, wenn dieser einem Dritten lediglich leicht fahrlässig einen Schaden zugefügt hat. Diese Haftungserleichterungen sollen auch für solche Vorstandsmitglieder gelten, die nicht mehr als 500 Euro für ihre Tätigkeit erhalten. Auf Anregung der FDP-Fraktion wurden diese Regelungen auf vergleichbare Vorstände von Stiftungen ausgedehnt.

Mit dem ebenfalls verabschiedeten Gesetzentwurf zur Erleichterung elektronischer Anmeldungen zum Vereinsregister und anderer vereinsrechtlicher Änderungen werden außerdem die noch bestehenden Hindernisse für elektronische Anmeldungen zu den Vereinsregistern beseitigt. Damit können die Länder alle Anmeldungen in elektronischer Form zulassen. Zum Schutz kleinerer Vereine ist die Anmeldung in Papierform aber weiterhin möglich.

Ermäßigte Mehrwertsteuer für Hotellerie und Gastronomie scheitert an Schwarz-Rot



Union und SPD haben im Tourismusausschuss zum dritten Mal die Beratung des FDP-Antrags zur Einführung ermäßigter Mehrwertsteuersätze für Hotellerie und Gastronomie abgelehnt. Wir Liberale und namentlich unser Fraktionskollege Ernst Burgbacher kämpfen trotzdem weiter für unsere Forderung nach mehr Fairness für die deutschen Hotels und Gaststätten im Wettbewerb gegenüber unseren europäischen Nachbarn. Zur Veranschaulichung der beachtlichen Differenz zwischen 19-prozentig besteuerten „Steinbrück-Preisen“ und 7-prozentig besteuerten „Burgbacher-Preisen“ hat die FDP-Fraktion eine attraktive Papp-Drehscheibe produziert, die bei der FDP-Fraktions-Pressestelle gerne bezogen werden kann.

+++ Termine +++ Termine +++ Termine +++ Termine +++

08.07.2009

Podiumsdiskussion der Bundestagskandidaten für den Wahlkreis Kassel, Herderschule Maulbeerplantage 1, Kassel

11.07.2009

11:00-13:00 Uhr: Infostand "Liberale Frauen"
Obere Königstrasse zwischen Nordsee und Sportarena, Kassel

14.07.2009

17:30 Uhr Sommerfest der „Liberale Frauen“ Kassel "Strandbar", Damaschkestr. 51, Kassel

20.07.2009

Veranstaltung „Liberale Justizpolitik in Hessen - 100 Tage nach Regierungsantritt“ mit Staatsminister Hahn, Bundesbildungszentrum des Zimmerer- und Ausbaugewerbes, Werner-Heisenberg-Str. 4, 34123 Kassel (Seminarraum im 1. OG)